

Inhalt

Dezember 2005

Vorwort	2
Termine	3
Protokoll der Mitgliederversammlung am 09.11.	4
Bewerbung als OB-Kandidat	5-6
Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion:	
• Mülldeponie Ost	7
• Nachtragshaushalt 2006	7
• Kernenergie in der Sackgasse	8
• Geplante Umgestaltung des Karlsruher Zoos	9
• Grundwasserentnahme in Kastenwört	10
• Delegationsreise des Gemeinderats nach Krasnodar	10
Aus der Landtagsfraktion:	
• Belastung von SchülerInnen auf dem Gymnasium	12
• Karlsruhe kann auf Zuschüsse für Ganztagschulen hoffen	12
• Zukunft der Karlsruher Bücherschau	13
Aus der Bundestagsfraktion:	
• Stimmungsbericht aus Berlin	14-15
GRÜNE Kontakte	16

Liebe Freundinnen, Freunde und Sympathisanten,

an dieser Stelle möchte ich kurz noch einen Blick zurück auf die November-MV werfen. Auf dieser Mitgliederversammlung wurde ein fast kompletter neuer Vorstand gewählt. Dies hatte den Grund, da Ulrike und Johannes uns "verlassen" haben. Ulrike wechselt bekanntlich als Wahlkreisbüromitarbeiterin zu Sylvia. Aufgrund unserer Statuten ist dann eine weitere Vorstandstätigkeit untersagt. Johannes kandidierte aus zeitlichen Gründen nicht wieder für den Kreisvorstand, er hat uns aber dennoch versprochen weiterhin aktiv dabei zu sein. Er wird u.a. weiterhin den Rundbrief gestalten und in der WKK zur Landtagswahl mitarbeiten.

Mit Alex und Anke wurden zwei absolute Neulinge in den Kreisvorstand gewählt. Tanja ist schon seit längerem Vorstandsmitglied bei den Durlacher Grünen und Sabine hat bekanntlich schon Erfahrungen als Kreisvorstand bzw. Stadträtin. Geblieben vom alten Vorstand sind Christian und ich.

Für die "Neuen" können wir keine lange Eingewöhnungszeit gewähren. Es stehen u.a. die Landtagswahlvorbereitungen an. Dazu müssen Regionalsitzungen, Programmkonferenzen und Kreisvorstandstreffen besucht werden. Die Treffen der Wahlkampfkommission müssen vorbereitet und durchgeführt werden.

Der nächste Schwerpunkt im neuen Jahr sind die Wahlen zur/zum OberbürgermeisterIn. Es gibt Überlegungen, dass die Grünen mit der SPD einen gemeinsamen Kandidaten ins Rennen schicken um den bisherigen Oberbürgermeister abzulösen. Leider gestalten sich diese Gespräche mit der SPD als sehr schwierig. Die Grünen wollen aber nicht länger warten und schicken mit Klaus Stapf einen anerkannten Wirtschaftspolitiker als eigenen Kandidaten ins Rennen.

Auf der November-MV wurde auch über das Zookonzept gesprochen. Die bisherige Haltung der Fraktion wurde teilweise doch sehr kritisch hinterfragt. Bemängelt wurde u.a., dass die Fraktion leider kein eigenständiges Zookonzept vorlegt hat.

Der Kreisvorstand wird vermutlich Anfang Dezember zu einer Veranstaltung zum Thema Zoo laden. An dieser Stelle möchte ich alle Mitglieder und Freunde zu dieser Diskussion und Meinungsbildung einladen. Immerhin geht es hier um über 20 Mio. €, die hier verplant werden. In einem arealmäßig begrenzten Stadtzoo muss es Ziel sein, Arten zu reduzieren und selektiv die Haltung zu optimieren. Entweder man engagiert sich konzeptionell für Artenschutz und zoopädagogische Konzepte oder man betreibt weiter die Zurschaustellung der gefangenen Tiere. Ein weiteres Ziel sollte sein, die Infrastruktur und die Organisation im Zoo zu modernisieren.

Ich freue mich jetzt schon auf euer Kommen und hoffe auf eine rege Diskussion.

Grüße, michael borner

Liebe Mitglieder,

das Grüne Büro in der Sophienstraße wird sich verändern, weil wir uns die Räumlichkeiten in Zukunft mit dem Wahlkreisbüro von Sylvia Kotting-Uhl teilen. Die dabei anfallenden Veränderungen sind mit finanziellen Belastungen verbunden, denn wir benötigen ein paar neue Büromöbel, um trotz des eingeschränkten Raums alles unterzubringen.

Es hat sich bereits ein Spender gefunden, der das Ganze finanziell mit 300 EUR unterstützen möchte. Sein Angebot lautet außerdem: Wenn wir durch weitere Spenden noch zusätzliche 300 EUR aufbringen, so erhöht er seine Spende sogar auf 600 EUR. Ein tolles Angebot – wenn sich noch weitere SpenderInnen finden. Wer also den Büroumbau finanziell unterstützen möchte, der/die melde sich doch bitte im Grünen Büro (0721/2031232 oder kv.karlsruhe@gruene.de).

Freundliche Grüße, Ute Leidig

Herausgeber:	Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt
Layout:	Johannes Honné
Druck	Maier Typo & Litho GmbH, Karlsruhe
Auflage	260 Exemplare

*Gedruckt auf Umweltpapier
Titelbild by Tanja Saini*

Achtung – kurzfristig!

Do. 01.12. um 20 Uhr: Zoo – Gefängnis oder Freizeithit ?

Das Zookonzept in der Diskussion
im Viktoriagarten, Viktoriastr. 7

Landesdelegiertenkonferenz

Fr. 02.- So. 04.12.2005 in Backnang

Das antifaschistische Aktionsbündnis Karlsruhe lädt ein zur

Demonstration gegen Neonazi-Aufmarsch

am Sa. 03.12. um 16 Uhr in Karlsruhe, vor dem Hauptbahnhof

**Ob diese Demo stattfinden wird, ist derzeit unklar, weil die Nazi-Demo,
gegen die demonstriert werden soll, verboten wurde!**

Näheres unter www.antifa-buendnis-ka.de.vu und unter www.gruene-karlsruhe.de

Erstes Treffen der

Wahlkampfkommission zur Vorbereitung der Landtagswahl

am Di. 06.12. um 19 Uhr im Grünen Büro, Sophienstr. 58

Mit unseren Kandidatinnen Renate Rastätter und Gisela Splett

Mitgliederversammlung jeden 2. Mittwoch im Monat um 20 Uhr im „Viktoriagarten“, Viktoriastr. 7

Die Dezember - MV ist am Mittwoch, 14.12.

TOP 1: **Wahl KandidatIn zur Oberbürgermeister-Wahl im Juli 2006**

TOP 2: Aktuelle politische Debatte

TOP 3: Bericht von der **Landesdelegiertenkonferenz**

TOP 4: Wahl von Delegierten für die Landesarbeitskreise

Die Januar - MV ist am Mittwoch, 11.01.06

TOP 1: **Masterplan 2015 – was ist das?**

TOP 2: Aktuelle politische Debatte

Protokoll der Mitgliederversammlung am 09.11.2005

Anwesend: 29 Personen, davon 27 Mitglieder

Leitung: Ulrike Maier

Protokoll: Johannes Honné

TOP 1: Rechenschaftsbericht des Vorstands

Michael Borner berichtet über die diversen Aktivitäten in den zurückliegenden zwei Jahren seit der letzten Vorstandswahl. Höhepunkt waren die Gemeinderats- und die Bundestagswahlen, die beide für uns sehr gut ausgingen – mit 8 Gemeinderatsmitgliedern und einer Bundestagsabgeordneten sind wir jetzt vertreten.

Durch Einzug in den Gemeinderat und aus persönlichen Gründen sind in dieser Zeit 5 Vorstandsmitglieder zurückgetreten und 3 nachgewählt worden, so dass am Ende noch 4 da waren, die nur die unbedingt nötigen Aufgaben erledigen konnten.

Mitglieder loben die Arbeit des Vorstands.

TOP 2: Neuwahl des Kreisvorstands

Ulrike Maier wird verabschiedet, weil sie als Mitarbeiterin unserer Bundestagsabgeordneten aus Satzungsgründen nicht mehr im Vorstand sein darf. Johannes Honné kandidiert wegen zeitlicher Belastung nicht mehr, nachdem sich genügend andere für den Vorstand bewerben.

26 Stimmberechtigte sind anwesend.

Als Kassierer bewirbt sich **Alexander Mehrbreier**. Er wird mit 22 Stimmen bei 4 Enthaltungen gewählt.

Für die 3 Frauenplätze bewerben sich Sabine Just-Höpfinger, Tanja Saini und Anke Weidlich. Im ersten Wahlgang (jedes Mitglied hat 2 Stimmen) werden **Anke Weidlich** mit 23 Stimmen und **Sabine Just-Höpfinger** mit 16 Stimmen gewählt, Tanja Saini erreicht 8 Stimmen bei 1 Enthaltung und 1 ungültigen Stimme. Im zweiten Wahlgang wird **Tanja Saini** mit 20 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen gewählt.

Für die restlichen 2 offenen Plätze bewerben sich Christian Brugger und Michael Borner. Im ersten Wahlgang wird **Michael Borner** mit 14 Stimmen gewählt, Christian Brugger erreicht 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 3 Ungültigen. Im zweiten Wahlgang erreicht **Christian Brugger** 23 Stimmen bei 2 Enthaltungen und 1 Ungültigen Stimme. Alle nahmen die Wahl an.

TOP 3: Bericht von der Bundesdelegiertenkonferenz

Bettina berichtet, dass die Reden von Jürgen Trittin und Renate Künast Mut gemacht haben, die Opposition anzunehmen. Es wurden diverse Anträge abgestimmt, die kaum strittig waren.

TOP 4: Besprechung der Themen und Wahl der Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz am 2.-4.12.

Die Themen werden nur kurz abgehandelt, weil dafür eine Sonder-MV angesetzt ist.

Ulrike Maier gibt bekannt, dass sie von der Landesarbeitsgemeinschaft Frauen zur Sprecherin gewählt wurde.

Für die 3 Frauenplätze bewerben sich: **Ulrike Maier** (13 Stimmen), **Renate Rastätter** (19 Stimmen) und **Gisela Splett** (18 Stimmen). Somit sind alle gewählt.

Für die 3 offenen Plätze bewerben sich **Henrik Becker** (11 Stimmen), **Christian Brugger** (17 Stimmen), **Alexander Mehrbreier** (15 Stimmen), die somit gewählt sind, und Harald Löffel (5 Stimmen), der damit Ersatzdelegierter ist.

Alle nahmen die Wahl an.

TOP 5: Zookonzept

Bettina Lisbach berichtet über das Zoolonzept der Stadt: Der Gemeinderat will Geld in die Hand nehmen für die Umgestaltung des Zoos. Auslöser sind die Tierschutzrichtlinien auf EU-Ebene, die tiergerechte Gehege verlangt, wodurch keine neuen Großtiere mehr in Karlsruhe aufgenommen werden dürfen, weil die Bedingungen zu schlecht sind.

Die Verwaltung hat ein Konzept vorgelegt, nach dem für 20-25 Mio EUR große Teile de Stadtgartens in den Zoo integriert werden sollen.

Die Grüne Gemeinderatsfraktion will ein pädagogisches Konzept für Schulklassen und Besucher, nicht so große Erweiterungen, weil der Stadtgarten vielen wichtig ist. Lieber sollte man auf einige Arten verzichten, so könnte auch der Eintrittspreis wie bisher moderat gehalten werden. Der Antrag, eine Umfrage zum Zoo zu machen, wurde nur von der KAL unterstützt.

In der anschließenden Diskussion wurde vor allem eine tierfreundliche Haltung angemahnt.

Bewerbung als OB-Kandidat

Liebe Freundinnen und Freunde,

reiflich wird die Art des Überlegens wohl genannt, die in dieser Bewerbung ihr vorläufiges (?) Ende findet - viele Gespräche eingeschlossen.

Eines stand für mich von vornherein fest: die Politik der derzeitigen Rathaus-spitze bedarf der Alternative, der konstruktiven Opposition.

Über die Jahre hat sich bei mir eine Vision eines Karlsruhes gebildet, die derzeit keine Chance hat. Visionen halte ich übrigens nicht – wie aktuell gerne zitiert – für ein Krankheitsbild. Vielmehr befürchte ich für jene, die den Blick über den eigenen Tellerrand verweigern, Ertrinken in der ewig gleichen erkalteten Suppe.

Einen starken Draht zum Pragmatismus sollten sie freilich schon haben, die Visionen. Der ist bei mir gewährleistet – mein Fundament sind über 20 Jahre erfolgreiche Arbeit in der freien Wirtschaft und parallel dazu viel Herzblut, das ich in mein Engagement in politische Arbeit bei den Grünen und vielen weiteren Ehrenämtern (BUND, IG Metall, Arbeit mit Behinderten Menschen, Attac, Sonnenhilfe e.V. ...) habe fließen lassen.

Einbringen kann ich vielfach bestätigte persönliche Eigenschaften: zum Einen gelte ich als pragmatisch, engagiert, differenziert, ergebnisorientiert, zum Anderen als flexibel, kreativ und kosmopolitisch, und nicht zuletzt als langatmig und zuverlässig – Werte, die m.M. nach der Rathaus-spitze gut zu Gesicht stehen würden.

Schwerpunkte meiner Arbeit im Gemeinderat sind Umwelt- und Gesundheit zum Einen und Arbeit und Wirtschaft zum Anderen. Ein Widerspruch? Nur scheinbar. Weil wir nämlich beides – eine intakte Umwelt und Arbeitsplätze - brauchen, weil der Zustand beider Bereiche großen Handlungsbedarf zeigt und essentiell für unsere Zukunft ist, müssen wir genau hier Verbindungen schaffen. Zusammen mit den ebenso wichtigen sozialen Themen, auf die ich bei meiner Arbeit immer viel Aufmerksamkeit gelegt habe, entsteht ein Dreiklang, der zur Zeit in Karlsruhe wenig harmonisch klingt. Und was ist mit Kultur? Stadtentwicklung? Sport? Mit der Integration von MigrantInnen und Benachteiligten? Demokratie, Bürgerbeteiligung, Transparenz? Frauen? Nicht nebensächlich, sondern überwiegend Querschnittsthemen. Mit viel Entwicklungspotential ausgestattet, wenn ich z.B. an Transparenz und Bürgerbeteiligung der Rathauspolitik denke.

Außerdem – auch wenn manche enttäuscht sein werden – kann eine Bewerbung zum OB von Karlsruhe nicht das Grüne Grundsatzprogramm widerspiegeln. Ein Oberbürgermeister muss für alle Karlsruhe-rlInnen da sein – integrativ und moderierend auf der einen Seite, richtungsgebend auf der anderen. Ein Grüner OB kann nicht bedeuten, dass die Anträge der Grünen Gemeinderatsfraktion jetzt eine Stimme mehr bekommen – das wäre viel zu wenig und zu einseitig. Ein OB, der sich ständig mit der Gemeinderatsmehrheit anlegt und damit das notwendige Vorankommen und Neugestalten blockiert – ein Alptraum. Was ich versprechen kann, sind neue Offenheit und Wertigkeit für Grüne Themen.

Ein wenig konkreter: Tatort UStrab. Derzeit steht ein Bürgerentscheid zum Bau der Kombilösung – mit breiter Mehrheit im Karlsruher Gemeinderat. Obwohl der Bürgerentscheid m.M. nach nicht gerade mit viel Fairness seitens des Rathauses betrieben wurde, kann einer neuer OB demokratische Entscheidungen nicht außer Kraft setzen. Anders sieht's schon bei der Finanzierung aus. 50 Mio. Euro mehr sind für mich kein Pappentier, für dieses Geld wüsste ich Besseres.

Karlsruhe muss sein Eigenmaß neu justieren: auf eine lebensfreundliche, dynamische und zukunftsorientierte Stadt eingebettet in eine Region mit viel Potential – mit nationaler Bedeutung und als Baustein im Europa der Regionen. Größenwahn und Prahlerei in Vergleichen zu internationalen Großstädten sind provinziell und entbehren eines gesunden Selbstbewusstseins. Vielmehr sollten die Haus-



aufgaben nicht vernachlässigt werden – die Teilhabe an der Metropolregion Rhein-Neckar ebenso wie die Entwicklung der weichen Standortfaktoren.

Karlsruhe muss mehr Wert auf die städtischen Lebensbedingungen legen: Lärmschutz und Luftreinhaltung, Klimaschutz im kleinen wie im weltweiten Maßstab. Dies bedeutet auch ein Umdenken in der Wirtschaftsförderung: die Flächenversiegelung hat die kritische Grenze von 40% weit überschritten, das heißt bei einem Weiter So Einschnitte in Wohn- und Aufenthaltsqualität, Naherholung, aber auch Erhöhung der Überschwemmungsgefahr. Wirtschaftsförderung muss sich stärker an Arbeits- und Ausbildungsplätzen orientieren. Interkommunale Gewerbegebiete, dichtere Bebauung und vor allem Identifikation von neuen zukunftsfähigen Branchen wie Gesundheit, Energie und Mikrosystemtechnik sind Lösungsansätze.

Karlsruhe muss sich auf die Probleme des demographischen Wandels einstellen. Dies bedeutet zum einen eine moderne Förderung von Familien, d.h. z.B. mehr Ganztagesbetreuungsmöglichkeiten für alle Altersstufen, Verbesserung der Bildungsinfrastruktur, Freizeitangebote – und das für jede Geldbeutelgröße.

Ebenso muss Karlsruhe seniorengerecht werden – mit einer ganzen Bandbreite von Wohnmöglichkeiten, medizinischer Betreuung, Stadtteilversorgung.

Soweit ein Blick ins Kaleidoskop dringender Karlsruher Handlungsräume, ein Aufzeigen von alternativen Schwerpunkten. Ohne Anspruch und in diesem Rahmen Chance auf Vollständigkeit ... Mein Bild von Karlsruhe legt viel Wert auf Lebensqualität und damit meine ich - für alle KarlsruherInnen

- Gesundheit und Wohlbefinden
- Bildung und Arbeit als wirtschaftliche Existenzgrundlage jeder/jedes Einzelnen
- Teilnahme- und Zugangsgerechtigkeit am sozialen und kulturellen Leben.

Noch ein bisschen mehr zu mir: bin 46 Jahre alt, mit 13jähriger Tochter, schon immer Karlsruher, 96-99 im Vorstand der Karlsruher Grünen, seit 2000 Fraktionssprecher im Regionalverband und Stadtrat, seit 2003 stellvertretender Fraktionssprecher im Stadtrat, Ingenieursstudium via 2. Bildungsweg (dazu kommen noch zwei Semester Philosophie), Arbeit als Entwicklungsingenieur und Projektleiter, Betriebsratsvorsitzender, jetzt Konzernbetriebsratsvorsitzender (ohne Brasilienreisen) für 1.600 KollegInnen innerhalb eines weltweit agierenden amerikanischen Konzerns.

In meiner Freizeit gehe ich Bergsteigen oder renne durch den Wald. Bei der Besteigung des 6.120 m hohen Dzo Jongos konnte ich mich bereits an ziemlich dünne Luft gewöhnen und bei meinen drei Marathonläufen die Einsamkeit des Langstreckenläufers erfahren.

Ich traue mir zu, Karlsruhe auf den Weg zu bringen im Gleichgewicht zwischen den Anforderungen einer globalisierten Welt und der Notwendigkeit lokaler und regionaler Identifikation. Und Ausgewogenheit zu schaffen zwischen den verschiedenen Bedürfnissen und Notwendigkeiten zur Entwicklung unserer Stadt als soziales, gesundes und wirtschaftlich erfolgreiches Gemeinwesen.

Falls jemand mehr wissen will – die MV am 14.12. bietet alle Möglichkeiten.

Herzliche Grüße, Klaus Stapf

Wer den Rundbrief elektronisch bekommt, kann die Links auf der nächsten Seite anklicken und hat dann sofort die Anfragen / Anträge im Blick...(vorausgesetzt, der Rechner hat eine Internetverbindung)

Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion**Anträge und Anfragen der letzten Zeit:**

- 09.11. [Fortschreibung Energiebericht](#)
- 09.11. [Prioritätenliste Energieeinsparpotentiale im städtischen Gebäudebestand](#)
- 03.11. [Mautausweichverkehr und sonstige Verkehrszuwächse auf B10 und Südtangente](#)
- 31.10. [Änderung der Kommunalen Richtlinien zur Förderung des Wohnungsbaus](#)
- 25.10. [Stärkung von Projektförderung im Kulturbereich](#)
- 25.10. [Veranstaltungen der KMK im städtischen Interesse](#)
- 24.10. [Luftreinhalteplan für den Bereich Karlsruhe](#)
- 21.10. [Finanzierung der Kombi-Lösung](#)
- 21.10. [Interfraktioneller Antrag GRÜNE/SPD: Barrierefreie Haltestelle am Hauptbahnhof](#)
- 19.10. [Schadstoffbelastung in Kinder- und Jugendeinrichtungen](#)
- 18.10. [Illegale Zuwanderung - Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus in Karlsruhe](#)

weitere Infos unter: www.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion

Mülldeponie Ost

Am 7.11. besichtigte die Gemeinderatsfraktion die Deponie Ost (Ochsenstraße, Durlach). Die Anlage besteht aus mehreren Komponenten:

Zum einen ist da die (nicht mehr in Betrieb befindliche) Deponie Ost, auf der aber immer noch Deponiegas und Sickerwasser anfällt. Das Deponiegas wird zusammen mit dem Biogas der Bioabfallvergärungsanlage (s.u.) zur Strom- und Wärmeerzeugung genutzt. Das Sickerwasser wird derzeit noch vor Ort gereinigt, soll aber - gemäß einem Gemeinderatsbeschluss - zukünftig in einer neuen Anlage auf der Deponie West behandelt werden.

Zum zweiten wird der in Karlsruhe eingesammelte Biomüll (Biotonne) in der Bioabfallvergärungsanlage behandelt. Produziert wird dabei zum einen Kompost (mit Gütesiegel), zum anderen das schon erwähnte Biogas. Gezielt gefragt haben wir unter anderem nach den Erweiterungsmöglichkeiten für die Anlage, da durch die von uns gewünschte Ausweitung der Biomüllsammlung ja mehr Bioabfall erfasst werden würde. Die dann notwendige Erweiterung war schon einmal geplant und ist weiterhin

Nachtragshaushalt 2006

Am 5.11. haben wir den Entwurf des Nachtragshaushaltsplans erhalten, bis 22.11. können wir Anträge stellen und am 13.12. wird der Gemeinderat beraten und beschließen. Bis zum Redaktionsschluss des Rundbriefes wird die fraktionsinterne Beratung noch nicht abge-



möglich; übergangsweise könnte der Biomüll aber auch extern verwertet werden.

Ergänzt wird der Anlagenverbund durch eine Holzverbrennungsanlage. In Karlsruhe anfallende verwertbare Holzabfälle (Resthölzer) sowie zugekaufte Holzhackschnitzel (leider weit transportiert) werden verheizt.

Insgesamt liefert der Anlagenverbund ca. 400 KW Strom sowie 1200 KW Wärme für die Neubaugebiete in Hohenwettersbach - vgl. auch www.karlsruhe.de/Abfall/service/einr_anlagen.htm

Gisela Splett

schlossen sein. Auch unsere Anträge können wir deshalb erst im nächsten Rundbrief vorstellen. Angedacht sind aber Zusatzanträge für die Umsetzung des Radverkehrskonzepts sowie die flächendeckende Biotonne; beim Zoo würden wir gerne sparsamer vorgehen; bzgl.

Müllumladestation hoffen wir auf eine kostengünstigere und umweltfreundliche Containerlösung und auch beim Wildparkstadion sind für uns noch viele Fragen offen.

Der von der Verwaltung vorgelegte Entwurf umfasst erstaunlich viele und großvolumige Änderungen gegenüber dem erst im März beschlossenen Doppelhaushalt. Und er sieht erhebliche Mehrausgaben vor. Diese werden finanziert über eine zusätzliche Rücklagenentnahme von 25 Mio Euro und eine verringerte Kredittilgung um fast 2 Mio Euro. Einschränkend ist dazu zu sagen, dass ein Teil der Mehrausgaben „Wiederveranschlagungen“ von 2005 eingesparten Mitteln sind (das gilt v.a. für den Bereich Straßenbau). D.h. der Rechnungsabschluss 2005 müsste entsprechend günstiger ausfallen (dazu fehlen uns aber im Moment noch Informationen).

Von den „echten“ zusätzlichen Ausgaben sind – abgesehen von der erhöhten Verlustabdeckung für die Neue Messe (9,2 Mio) die größten Brocken für das Wildparkstadion (3,6 Mio. Euro), den SVK Beiertheim (Gesamtkosten 4,8 Mio), den Zoo (Gesamtkosten 4,4 Mio. Euro) und die neue Müllumladestation (5,9 Mio) vorgesehen. Zum Teil deutliche Erhöhungen gibt es aber auch in vielen anderen Bereichen, z.B. bei den Zuschüssen ans ZKM (761.000 Euro), bei den Ausgaben für Kindergärten und -tagesstätten (insgesamt 1,5 Mio. Euro und damit in der Größenordnung, die wir für den DHH beantragt hatten) und im Bereich Schulen (u.a. 1,2 Mio für eine neue Mensa für die Europäische Schule). Kleinere Änderungen, die aber politisch relevant sind, gibt es z.B. beim Punkt Folgeprojekte „Mit Recht.Karlsruhe“.

Gisela Splett

Pressemitteilung der Gemeinderatsfraktion vom 28. Oktober 2005

GRÜNE sehen Kernenergie in der Sackgasse

In einer gemeinsamen Presseerklärung stellen sich der Kreisverband der Karlsruher GRÜNEN und die GRÜNE Gemeinderatsfraktion hinter die Kundgebung der Umweltinitiativen am Samstag, den 29.10.05 gegen den in nächster Zeit geplanten Castortransport durch Karlsruher Gebiet. „Wir teilen die Besorgnis der Umweltgruppen über die Gefährlichkeit von Atommülltransporten durch städtisches Gebiet“, so Andreas Ruthardt, energiepolitischer Sprecher der Grünen Gemeinderatsfraktion.

„Die Castortransportbehälter sind gemessen am Gefahrenpotential des Atommülls völlig unzureichend vor Unfällen geschützt. Die Stadt Frankfurt hat aus diesem Grund ein Durchfahrverbot durch Wohngebiete verhängt. Und auch wenn der Transport ohne Zwischenfälle verläuft, gibt es immer wieder Überschreitungen der zulässigen Grenzwerte.“

Die Grünen weisen zudem auf die Gefährdungen und Belastungen durch atomtechnische Anlagen in der Region hin. „Da ist zum einen das vor kurzem fertig gestellte Zwischenlager in Philippsburg. Weil ein Endlager für Atommüll in Deutschland nach wie vor fehlt, wird hier nun dauerhaft Atommüll in Castorbehältern deponiert. Und dann haben wir noch die Vergasungsanlage im Forschungszentrum vor der Haustür, in der die hochbrisante „Atomsuppe“, die in 20 Jahren Wiederaufbereitung abge-

brannter Brennelemente aus deutschen Kernkraftwerken entstanden ist, transportfähig gemacht werden soll. Die Glaskokillen mit dem Atommüll werden bis zum endgültigen Abtransport frühestens 2008 auf dem WAK-Gelände zwischengelagert. Auch das macht uns Sorgen“ sagt Stadtrat Ruthardt.

Die permanente Gefährdung der Bevölkerung durch solche Anlagen und der enorme Aufwand und die Kosten, um das Risiko einigermaßen in Grenzen zu halten und die Entsorgung zu bewerkstelligen, zeigen nach Ansicht der GRÜNEN, dass die Kernenergie keine Zukunft hat.

Damit widersprechen die Karlsruher GRÜNEN entschieden den jüngsten Versuchen der Gewerkschaften Verdi und IG Bau, der Energieversorger und aus CDU-Kreisen die Laufzeiten von Atommeilern entgegen dem von der rot-grünen Bundesregierung beschlossenen Atomausstieg wieder zu verlängern.

„Die einzige Alternative für eine sichere und zukunftssträchtige Energieversorgung sehen wir in den regenerativen Energien“ so Andreas Ruthardt. „Gerade in Karlsruhe haben wir mit viel badischer Sonne von oben und reichlich geo-thermischer Energie von unten ein erhebliches Potential.“ Dies zu nutzen, muss ein wichtiges Ziel der Karlsruher Kommunalpolitik sein, fordert die Grüne Gemeinderatsfraktion.

Pressemitteilung der Gemeinderatsfraktion vom 25. Oktober 2005

GRÜNE zur geplanten Umgestaltung des Karlsruher Zoos: Attraktivitätssteigerung auch bei Reduktion der Arten möglich - tiergerechte Haltung muss ein zentrales Kriterium bei Umgestaltung sein

Die Skepsis der Karlsruher Grünen, dass einer tiergerechten Haltung des bisherigen Tierbestandes im Karlsruher Zoo enge Grenzen gesetzt sind, hat sich in jüngeren Untersuchungen bestätigt. Dem widersprechen allerdings, so die Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Karlsruher Gemeinderat, Gisela Splett, die derzeitigen Erweiterungspläne.

„Umgestaltung und maßvolle Erweiterung Ja – aber verbunden mit einer Reduktion der Artenzahl“, umschreibt die Fraktionsvorsitzende die Grundposition ihrer Fraktion. „Wir wollen nicht auf Biegen und Brechen alle im vorgelegten Zookonzept aufgelisteten Großtierarten unterbringen. Eine weitere Reduktion der Artenzahl kann gut verkräftet werden, wenn gleichzeitig andere Anstrengungen unternommen werden, um die Attraktivität des Karlsruher Zoos zu stärken“.

Die Grüne Gemeinderatsfraktion hält ebenso wie die anderen Fraktionen im Karlsruher Gemeinderat eine Neugestaltung des Karlsruher Zoos in den kommenden Jahren für notwendig. „Allerdings möchten wir dabei einen anderen Weg beschreiten als sich dies mehrheitlich im Gemeinderat andeutet“, führt Fraktionsvorsitzende Gisela Splett aus und widerspricht damit auch Darstellungen in der Presse, wonach zum so genannten Zookonzept allgemeine Übereinstimmung herrsche. „Natürlich findet es unsere Unterstützung, dass die Tiergehege im Zoo in den nächsten Jahren tiergerecht umgestaltet werden sollen.“

Um dieses Ziel zu erreichen, sprechen sich die GRÜNEN auch für eine sparsame Erweiterung des Zoos in den Stadtgarten aus. Sie wollen aber nur etwa ein Drittel der von der Verwaltung derzeit favorisierten Erweiterungsfläche für Tiergehege dem Zoo zur Verfügung stellen. Der Rest der Fläche, insbesondere der Parkbereich mit altem Baumbestand im Osten des Sees soll weiterhin beim Stadtgarten bleiben. Die Grünen halten damit an der ihrer Ansicht nach bewährten Kombination von Zoo und Stadtgarten und am Stadtgarten als wichtige Naherholungsfläche in der Innenstadt fest.

Einer Erweiterung des Zoos in den Stadtgarten hinein können die Grünen lediglich in einem kleinen Bereich nördlich der Zoobrücke nach

Osten hin zur Ettlinger Straße zustimmen. „Wir meinen, dass auch mit der von uns anvisierten Erweiterungsfläche ein attraktiver und moderner Zoobereich geschaffen werden kann. Selbst die Haltung von Elefanten ist bei der von uns vorgeschlagenen moderaten Erweiterung möglich. Entsprechende Planungsvarianten liegen verwaltungsintern bereits vor und wir möchten, dass diese weiterverfolgt werden“ erläutert Bettina Lisbach die Position der GRÜNEN.

Insgesamt ist es aus Grüner Sicht problematisch und wenig zielführend, dass die jetzige Diskussion auf bauliche Maßnahmen und die Unterbringung einzelner Tierarten verkürzt ist. Wichtiger als die Frage, welche Artenzahl man zukünftig im Zoo halten wolle, sei die Frage, wie man die Anziehungskraft insgesamt steigern könne. Neben einer tiergerechten, ansprechenden und informativen Präsentation der Tiere und der von ihnen natürlicherweise bewohnten Lebensräume sei auch ein gutes zoopädagogisches Programm notwendig. „Wir möchten, dass die Angebote für Schulklassen erweitert werden, dass es ein Ferienangebot gibt und dass der Zoo insgesamt mehr Wissen über Tiererschutz sowie Umwelt-, Natur- und Artenschutz bei uns und in fernen Ländern vermittelt.“ Um solch ein Angebot professionell aufzubauen und zu entwickeln setzen sich die Grünen seit langem für die Einstellung einer zoopädagogischen Fachkraft ein. Außerdem müsse die Infrastruktur insgesamt auf den Prüfstand gestellt werden. Das fängt bei der Frage von Eintrittskartenautomaten an und umfasst die Optimierung des gastronomischen Angebots und der Spiel- und sonstigen Erlebnismöglichkeiten. „Unser Ziel ist es, eine artgemäße Unterbringung der Tiere sicherzustellen und den Zoo dabei so zu gestalten, dass er für alle Altersgruppen an Attraktivität gewinnt und gleichzeitig eine moderate Preisgestaltung möglich bleibt.“

Von den GRÜNEN ausdrücklich begrüßt wird die Einbeziehung des Tulla-Bads in das neue Zoo-Konzept. Dort könnte neben einem Tropenhaus mit verschiedenen exotischen Kleintierarten ein Zoo-Klassenzimmer eingerichtet werden, für das dringender Bedarf besteht. Auch für eine gastronomische Einrichtung im Tulla-Bad sprechen sich die Grünen aus. Das

bisherige gastronomische Angebot im Zoo ist ihrer Auffassung nach unzureichend und wird von vielen Besucherinnen und Besuchern nicht oder kaum wahrgenommen.

Die weiteren Bauabschnitte des Lebensraums Wasser, den die GRÜNE Fraktion schon in früheren Jahren abgelehnt hatte, finden auch jetzt nur teilweise Zustimmung. Allerdings sei hier das Problem, dass der jetzige Ausbauzustand nichts Halbes und nichts Ganzes sei. Ob aber unbedingt Pinguine in den Karlsruher Zoo gehören, könne man schon hinterfragen.

Außerdem sind nach Ansicht der GRÜNEN nicht nur die Exoten sehenswert: Schon der jetzige kleine Streichelzoo sei bei den Besucherinnen

und Besuchern durchaus beliebt, weil hier ein direkter Kontakt mit den Tieren möglich ist. Die Grünen möchten diesen Bereich erweitern und auch gefährdete Haustierrassen präsentieren. „Auch da gibt es für Kinder und Erwachsene viel Spannendes und Überraschendes zu sehen“ weiß Stadträtin Lisbach von verschiedenen Zoo-Besichtigungen. „Das muss aber nicht gleich ein Schaubauernhof sein, denn eine landwirtschaftliche Tierhaltung lässt sich in so einem kleinen Zoo kaum nachstellen.“ Hierzu wollen die GRÜNEN lieber einen städtischen Schulbauernhof am Stadtrand einrichten, den sie auch schon seit langem im Gemeinderat beantragt haben.

Pressemitteilung der Gemeinderatsfraktion vom 15. November 2005

Karlsruher Grüne kritisieren übereilte Grundwasserentnahme im Kastenwört Da erhebliche Beeinträchtigungen im FFH- und Vogelschutzgebiet zu befürchten sind, ist eine Verträglichkeitsprüfung zwingend

Die Grüne Gemeinderatsfraktion Karlsruhe übt Kritik an der geplanten Grundwasserentnahme ohne Verträglichkeitsprüfung im Areal Kastenwört in der Nähe des Rheins. Die Karlsruher Stadtwerke planen hier ein weiteres Wasserwerk zur Trinkwasserversorgung und wollen über Pumpversuche Aussagen zur Eignung der drei Brunnenstandorte bekommen.

Das alles soll jedoch geschehen, ohne vorher die Auswirkungen der Grundwasserentnahme auf den Wald und die Arten des FFH- und Vogelschutzgebietes in einer Verträglichkeitsstudie prüfen zu lassen. Aus Sicht der Grünen widerspricht dieses Vorgehen klar den Vorgaben des Bundesnaturschutzgesetzes für Schutzgebiete von europaweiter Bedeutung.

„Hier sollen im Hauruckverfahren vollendete Tatsachen geschaffen werden. Das werden wir so nicht akzeptieren“ kommentiert Stadträtin **Bettina Lisbach** die aktuellen Pläne, „zumal die Stadtwerke sich hier auch rechtlich auf Glatteis begeben. Es ist keineswegs auszuschließen, dass die Durchführung der Pumpversuche sich sogar als unzulässig erweist. Deshalb wollen wir hier unbedingt Klarheit, bevor die ersten, möglicherweise irreversiblen, Schäden auftreten.“

Auch aus einem anderen Grund sind die Grünen gegen eine voreilige Festlegung auf den Standort für das geplante Wasserwerk: Im Kastenwört soll im Rahmen des Integrierten Rheinprogramms ein Hochwasserrückhalteraum geschaffen werden. Dieser ist aus wasserwirtschaftlicher Sicht notwendig, um die steigenden Hochwassergefahren am Rhein zukünftig bewältigen zu können. Eine solche Überflutungsfläche kann bei entsprechender Ausgestaltung auch für den Naturschutz von großem Gewinn sein.

Da die Planungen zur Wassergewinnung der Stadtwerke Karlsruhe mit den Planungen einer Hochwasserretentionsfläche kollidieren können, muss nach Ansicht der Grünen hier in enger Kooperation geplant werden, so dass die unterschiedlichen Interessen aufeinander abgestimmt werden können.

„Die kritischen Punkte werden wir bei der Sitzung des gemeinderätlichen Umweltausschusses am 17. November zur Sprache bringen“ so Lisbach abschließend. „Wir wissen, dass sich die Karlsruher Stadtwerke dem Umwelt- und Naturschutz verpflichtet fühlen. Deshalb hoffen wir auch beim Thema Kastenwört auf eine Einigung, die allen Seiten gerecht wird.“

Delegationsreise des Gemeinderats nach Krasnodar im September 2005

Nicht viele wissen es: Krasnodar und Karlsruhe verbindet eine Städtepartnerschaft. Was aber hat Krasnodar mit Karlsruhe gemein, abgesehen vom „K“ am Anfang des Stadtnamens und seines ebenfalls recht zarten Alters (Stadtgrün-

1793)? Eigentlich nicht sehr viel: Die Stadt liegt 3500 km weit entfernt im Süden Russlands, 100 km nach Osten landeinwärts von der Schwarzmeerküste aus gesehen. Weitere 500 km weiter südöstlich liegt Tschetschenien, in

dem ein blutiger Krieg tobt. Krasnodar ist beinahe dreimal größer als Karlsruhe (850 000 Ew) und ist die Hauptstadt der Kuban-Region.

Macht eine solche Partnerschaft ungleicher, durch eine große Distanz getrennter Städte eigentlich Sinn? Man kann da schon das eine oder andere Fragezeichen setzen. Was verspricht man sich von so einer Allianz? Wird da was anderes als große Worte und Kosten produziert? Unter anderem diese Fragen waren es, die mich reizten, an der Delegationsreise des Gemeinderates im September teilzunehmen, um mir selbst eine Meinung über diese „Fern-Beziehung“ bilden zu können. Um das Fazit vorweg zu nehmen: Ich denke, eine solche Partnerschaft macht Sinn, und sie ist auch recht lebendig!

Getragen von großem bürgerschaftlichen Engagement, wurde und wird vieles auf die Beine gestellt: Vom ersten Hilfstransport in den Wirren des Umsturzes Anfang der 90er Jahre, bis zum Computertomographen, der von Siemens 2005 gespendet wurde und den die Karlsruher Spedition Simon Hegele dorthin transportierte. Es entstanden vielfältige, auch sehr intensive Kontakte, die wiederum den Weg ebnen können für neue Projekte, und so gewissermaßen multiplizierend wirken.

Die Delegationsreise, mit insgesamt neun TeilnehmerInnen aller Fraktionen, war kurz (netto drei Tage), aber gehaltvoll, und das nicht nur wegen des Wodka oder der eher deftigen Speisen. Viel Information, und noch mehr „Eindrücke“ prasselten da auf die VertreterInnen des Gemeinderats nieder. Manches bleibt haften, wie z.B. die unübersehbaren gesellschaftlichen Gegensätze, die auch dem eiligen Besucher nicht verborgen bleiben: Der unwahrscheinliche private Reichtum (am besten verdeutlicht durch die endlose Aneinanderreihung kleiner Schlösser am Stadtrand) auf der einen Seite, demgegenüber vernachlässigte Krankenhäuser oder auch ein ziemlich klappriger ÖPNV auf der anderen Seite.



Offene Not ist im Stadtbild kaum zu entdecken. Krasnodar wirkt jung und äußerst vital. Missstände herrschen denn wohl auch eher verdeckt, z.B. in den Kinderkrankenhäusern, wo die „Kinder, denen die Elternliebe entzogen wurde“ (so die wörtlich übersetzte Bezeichnung einer Station) mehr verwahrt denn behandelt werden. Ein komplexes Problem, das sicher nicht auf Krasnodar beschränkt ist, und zudem nicht unbedingt aus materiellem Mangel resultiert.



Eingang Kinderkrankenhause

Natürlich wird eine offizielle Delegation auch durch ein offizielles, einigermaßen „glattes“ Programm genudelt. Vom Empfang beim nagelneuen Oberbürgermeister, über die Einweihung eines frisch aufgemöbelten Stadtteilzentrums, hin zur zentralen, vierstündigen Feier des Stadtgeburtstages (Der eigentliche Grund für die Einladung durch die Stadt Krasnodar). Die Folge des straff organisierten Reiseprogramms war, dass für Erkundungen „auf eigene Faust“ leider nur sehr wenig Zeit blieb.

Eine weitere unbedingt erwähnenswerte, für mich etwas überraschende Tatsache ist die überbordende Gastfreundschaft, mit der gerade ältere Russinnen und Russen ihre deutschen Gäste empfangen: Auch in Krasnodar hat schließlich die Wehrmacht gewütet, die Bewohner als „Untermenschen“ geknechtet. Der Kontakt zu Deutschen ist dort wirklich keine ganz alltägliche Sache, wohl aber die Erinnerung an den „großen vaterländischen Krieg“, wie die zahlreichen Veteranenehrungen, denen wir beiwohnen durften, zeigten. Umso beeindruckender ist dementsprechend, mit welcher Selbstverständlichkeit die „Freundschaft“ zu den Deutschen von heute betont wird. Vielleicht auch ein Verdienst der lebendigen Städtepartnerschaft zwischen Karlsruhe und der fernen Stadt am Kuban.

Tim Wirth

Pressemitteilung der Landtagsfraktion am 24.10.2005

Grüne fordern Abbau der extremen Belastung von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums in der Unterstufe

MdL Renate Rastätter: „45-Stundenwoche unzumutbar für Zehnjährige“

Die schulpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion, Renate Rastätter forderte Kultusminister Rau zu Korrekturen am Konzept des achtjährigen Gymnasiums auf.

„Bei der Baustelle G8 treten gravierende Mängel auf, die ohne eine Veränderung der Architektur nicht zu beheben sein werden, der neue Minister wird es sonst nicht schaffen, die von seiner Vorgängerin eröffnete Baustelle zu einem guten Abschluss zu führen“, so Renate Rastätter.

Durch die Klagen der Eltern und jetzt des Landeselternbeirats über die Überbelastung der Schüler und Schülerinnen im achtjährigen Gymnasium fühlen sich die Grünen im Landtag in ihrer Kritik bestätigt. „Wir haben bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums davor gewarnt, dass die Verdichtung und Verkürzung in der Unterstufe durch das faktische Streichen eines kompletten Schuljahrs zu einer massiven Belastung der Schülerinnen und Schüler führen würde. Mit gutem Grund haben wir die Landesregierung aufgefordert, die Verkürzung erst am Ende der Sekundarstufe I erfolgen zu lassen und den Stoff dabei zu reduzieren“, betonte die schulpolitische Sprecherin der Landtagsgrünen Renate Rastätter.

Leider zeigte sich Kultusministerin Schavan beratungsresistent. Rastätter: „Die jetzt entstandene Situation ist unzumutbar, vor allem für die Kinder. Eine 45-Stundenwoche für 10jährige mit Angst und Stress im Gymnasium ist genau das Gegenteil davon, was wir jetzt brauchen, um Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft zu besseren Leistungen und höheren Schulabschlüssen zu bringen.“

Pressemitteilung von Renate Rastätter am 26.10.2005

Karlsruhe kann jetzt auf finanzielle Zuschüsse für Ganztagschulen hoffen

Kommunen tragen aber die Hauptlast der Ganztagschulen

Immer noch keine Finanzierung des pädagogischen Personals in Sicht

Die Karlsruher Landtagsabgeordnete der Grünen, Renate Rastätter, bildungspolitische Sprecherin ihrer Fraktion, begrüßt, dass die Blockadehaltung der Landesregierung beim Ausbau von Ganztagschulen endlich durchbrochen wurde. „Eine Vereinbarung zwischen Land und Kommunen zur Bereitstellung von Investitionsmitteln war überfällig“, so Frau Rastätter. „Das hartnäckige Drängen der Landtagsopposition, der Kommunen und des Landeselternbeirats haben endlich Früchte getragen.“



Aber nicht nur die Kinder, auch die Eltern und die Lehrkräfte stünden, so die Grünen, wegen der zu hohen zeitlichen Anforderungen und dem zu großen Lernstoff der Kinder unter Druck. Die Mütter würden noch mehr zu „Nachhilfelehrern der Nation“ und die Lehrkräfte seien gezwungen, den höheren Lernstoff in kürzerer Zeit zu vermitteln.

Die Forderung, dass an den Tagen, an denen Nachmittagsunterricht erteilt wird, keine Hausaufgaben gegeben werden, greift nach Ansicht von Frau Rastätter zu kurz. „Mit Flickwerk kommen wir nicht weiter.“ Deshalb fordern die Grünen mit einem parlamentarischen Antrag eine umfassende Überarbeitung des Konzepts des achtjährigen Gymnasiums, der zum Ziel hat, die extreme Belastung von Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums in der Unterstufe abzubauen. Das verlange, so Frau Rastätter, dass das Konzept der Verkürzung und Verdichtung in der Unterstufe rückgängig gemacht werde. Dazu müsse die Durchlässigkeit zwischen den Schularten wiederhergestellt und die Orientierungsstufe in Klasse 5 und 6 wieder eingeführt werden.

Alle lobenswerten Absichten des neuen Ministers, die frühe Förderung der Kinder zu verbessern, würden haltlos, wenn die Kinder dann dem Stress und den Anforderungen in den Klassen fünf und sechs nicht gewachsen sind. Rastätter: „Der Fehler liegt im System und das muss schleunigst geändert werden.“

Damit kann die Stadt Karlsruhe, die wegen des von der Landesregierung praktizierten „Windhundverfahrens“ leer ausgegangen war, auf Zuschüsse für den Aus- und Umbau ihrer Ganztagschulen hoffen. Insofern war es richtig, dass die Stadt in Vorleistung gegangen ist und sich beim Land rückversichert hat, dass sie bei einem eventuellen späteren Landesprogramm berücksichtigt wird.

Die „Investitionsoffensive“ Ganztagschule“ bei der in den nächsten neun Jahren eine Milliarde Euro bereit gestellt werden soll, hat aber ein erhebliches Ungleichgewicht zu Lasten der Kommunen, kritisiert Frau Rastätter. „Den Löwenanteil der Kosten, nämlich 500 Millionen an Eigenmitteln und 350 Millionen aus dem Kommunalen Investitionsfond, der den Kommunen sowieso zusteht, zahlen die Kommunen. Betrachtet man die Gesamtkosten, welche die Kommunen durch Investitionen und Betrieb finanzieren müssen und die originäre Verantwortung des Landes für die Bildung,

ist der Landeszuschuss von 150 Millionen in neun Jahren lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Die Grünenabgeordnete ist besonders enttäuscht darüber, dass es immer noch keine Landesmittel für das notwendige pädagogische Personal an Ganztagschulen gibt. „Das Land muss sicherstellen, dass die Ganztagschule nicht nur eine Hülle, sondern ein lebendiger Lern- und Lebensort für die Schülerinnen und Schüler wird. Dafür muss das Land endlich Lehrstellen und Mittel für Lehrbeauftragte zur Verfügung stellen.“

Abgeordnetenbrief von Renate Rastätter an Ministerpräsident Günther Oettinger vom 4.11.2005

Zukunft der Karlsruher Bücherschau – Finanzierung und Standort

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Oettinger,

wie jedes Jahr finden auch in diesem Herbst in Karlsruhe die traditionsreiche Bücherschau und in Stuttgart die Buchwochen statt. Beide Veranstaltungen erfreuen sich außerordentlicher Beliebtheit. Beide haben aber auch einen hohen wirtschaftspolitischen und bildungspolitischen Stellenwert, auch für die betroffenen Regionen. Dieser Stellenwert kommt in Karlsruhe allein dadurch zum Ausdruck, dass ständig ein neuer Besucherrekord erzielt wird. So haben in Karlsruhe im letzten Jahr 58.000 Menschen, darunter sehr viele Schulklassen, die Karlsruher Bücherschau besucht.

Seit der Auflösung des Landesgewerbeamts müssen wir befürchten, dass es seitens des Landes oder des Regierungspräsidiums andere Pläne für die Ausstellungsräume gibt. Trotz häufigen Nachfragens beim Land – auch ich habe mich in den letzten Jahren mehrfach an den früheren Wirtschaftsminister des Landes gewandt - gibt es keine klaren Aussagen darüber, ob die Räumlichkeiten auch künftig für die Bücherschau zur Verfügung stehen. Fest steht lediglich, dass die Karlsruher Bücherschau im Jahr 2006 noch einmal in den Ausstellungsräumen des ehemaligen Landesgewerbeamts stattfinden kann. Für die Stuttgarter Buchwochen dagegen gibt es kein Standortproblem. Denn die Stuttgarter Buchwochen können trotz Auflösung des Landesgewerbeamts auch künftig im Haus der Wirtschaft durchgeführt werden.

Ich möchte Sie deshalb darum bitten, mitzuteilen, welchen Stellenwert die Karlsruher Bücherschau und die Stuttgarter Buchwochen für die Landesregierung haben. Ich bitte Sie genau so herzlich darum, dass die Karlsruher Bücherschau auch künftig in den Ausstellungsräumen des ehemaligen Landesgewerbeamts stattfinden kann. Die Räumlichkeiten sind absolut ideal für eine Ausstellung mit einem derart hohen Publikumsaufkommen. Sie sind zentral, mit dem ÖPNV gut zu

erreichen und es können während der Ausstellung parallele Veranstaltungen wie Lesungen oder Diskussionsforen durchgeführt werden. Gleich große und dazu innerstädtische Flächen anzumieten kann sich der Landesverband Baden-Württemberg des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels aber nicht leisten. Zwar ist in den vergangenen Jahren das ZKM als alternativer Standort angedacht worden, der Standort ZKM wurde allerdings aus genau diesen Gründen schnell wieder verworfen. Betroffen sind übrigens in gleicher Weise die Handwerksverbände, die eine Vielzahl von Ausstellungen bzw. Leistungsschauen in diesen Räumlichkeiten durchführen.

Falls immer noch keine klare Entscheidung für den Standort der Karlsruher Bücherschau nach 2006 feststeht, bitte ich Sie, mir den derzeitigen Diskussionsstand mitzuteilen. Ich bitte Sie auch darum, mir mitzuteilen, welche Pläne es seitens des Landes für die Räumlichkeiten des ehemaligen Landesgewerbeamtes am Rondellplatz gibt.

Klärungsbedarf besteht auch bei der Frage der künftigen Finanzierung. Bislang sind die Mittel aus dem Etat des Wirtschaftsministeriums und zwar aus dem überbetrieblichen Mittelstandsfonds zur Verfügung gestellt worden. Die Karlsruher Bücherschau hat daraus bislang 20.000 € jährlich an Landeszuschüssen erhalten. Diese Zuschüsse bedeuten eine existenzielle Absicherung. Ohne sie kann die Bücherschau nicht durchgeführt werden. Deshalb bitte ich Sie, mir mitzuteilen, ob die Mittel auch für das Jahr 2006 abgesichert sind und inwieweit sie auch in den darauf folgenden Haushaltsjahren zur Verfügung gestellt werden sollen. Es ist für unsere Region sehr wichtig, endlich klare Aussagen zu bekommen, denn die Vorbereitung der Karlsruher Bücherschau ist eine langfristige Angelegenheit, deshalb ist eine Planungssicherheit sehr wichtig.

Für Ihre Antwort bedanke ich mich im voraus.

Mit freundlichen Grüßen, Renate Rastätter, MdL

**MdB Sylvia Kotting-Uhl**

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Telefon: 0721-20 31 233, Telefax: 0721-20 31 234
E-Mail: wkbueero.sku@gmx.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

14.11.05 Stimmungsbericht aus Berlin

Liebe Karlsruher Freundinnen und Freunde,

eure Bundestagsabgeordnete ist inzwischen in Berlin angekommen – das Büro steht inklusive fähiger Mitarbeiter (jederzeit für euch ansprechbar!), die Wohnung ist gemietet, wenn auch noch ohne Strom und Möbel, und selbst das Thema manifestiert sich: ich werde wohl wunschgemäß umweltpolitische Sprecherin werden.

Und sonst? Das politische Berlin sortiert sich sehr langsam. Bei allem mediengerechten Lächeln war es für die beiden großen Parteien sehr mühsam sich auf so etwas wie eine Linie zu einigen, die man – wenn überhaupt – jetzt auch nur in der beabsichtigten Föderalismusreform und in der (nach dem angekündigt verfassungswidrigen Haushalt für 2006) geplanten Haushaltskonsolidierung sehen kann. Der Titel des jetzt vorliegenden Koalitionsvertrages „Mut und Menschlichkeit“ erinnert zumindest mich fatal an „pride and prejudice“, den Roman von Jane Austen, Englands berühmtester Kitsch-Autorin. Und ähnlich wie in diesem „romantischen“ Roman geht es darum einen verklärenden Schleier über die Realität zu breiten. Tatsächlich sucht man sowohl Mut wie Menschlichkeit in diesem Vertrag vergebens.

„Der **Abbau der Arbeitslosigkeit** ist zentrale Verpflichtung unserer Regierungspolitik.“ Und? Hartz 4 wird mit kleinen Korrekturen zugunsten der ALG2-EmpfängerInnen im Osten und zulasten der unter 25-Jährigen fortgeführt – an der grundsätzlichen Schiefelage der Reform ändert sich nichts. Die Mehrwertsteuererhöhung kommt, aber größtenteils nicht für die Senkung der Lohnnebenkosten. Niemand scheint die Steuerausfälle durch die zukünftig zu 20% steuerlich absetzbaren Handwerkerrechnungen gegengerechnet zu haben. Das Geschenk an die Unternehmer ist so verschleiert, dass sie es so wenig goutieren werden wie es öffentlich debattiert wird: erleichterte Abschreibungsmöglichkeiten im Gegenwert von 4,3 Mrd. Öffentlich debattiert, wenn auch nicht mehr als ein Symbol, ist dagegen die viel geringere „Reichensteuer“. Was hat das alles mit Abbau von Arbeitslosigkeit zu tun? Richtig - nichts!

Bei der **Umweltpolitik** des Koalitionsvertrages könnte man auf den ersten Blick meinen, dass es uns Grüne nun wirklich nicht mehr braucht. Die Präambel-Worte lesen sich wie ein grünes Wahlprogramm: „Zentrales Leitbild ist die Nachhaltigkeit und damit die Sicherung einer lebenswerten Zukunft für gegenwärtige und künftige Generationen. Wesentliche Ziele sind dabei umweltgerechter Wohlstand und ökologisch verträgliche Entwicklung. ... Wir stehen vor großen Herausforderungen, die sich insbesondere aus den Gefahren des Klimawandels und den absehbaren Preis- und Verteilungskonflikten bei Energie und Rohstoffen ergeben.“ Besser können wir es auch nicht sagen. Und in unserem wichtigsten rot-grünen Erfolgfeld – den **erneuerbaren Energien** – sind tatsächlich ehrgeizige Ziele festgeschrieben: am EEG und den Zielmarken wird festgehalten, aber: es gibt Einschnitte bei der Binnenland-Windkraft und beim Ausbautempo. Und die Sonderregelungen für Industriekunden zulasten der VerbraucherInnen werden weiter ausgebaut. Wie insgesamt dieser Koalitionsvertrag ganz entgegen seiner Lyrik, Umweltschutz schaffe Wirtschaftskraft und Arbeitsplätze (völlig im grünen Sinn: Ökologie und Ökonomie gehören zusammen) in seinen Ausführungen dem Unionsschlachtruf des Wahlkampfs durchaus weiterhin folgt: Umweltschutz muss man sich leisten können – erst die Wirtschaft, dann die Umwelt! Ein insofern unerwartet großer Knaller liegt bei der Energieeinsparung: das Gebäudesanierungsprogramm wird von 360 Mio./Jahr auf 1,5 Mrd./Jahr aufgestockt. Erstaunlich, wenn man die bisherige Haltung der SPD in diesen Bereichen in Erinnerung hat. Die zeigt sich deutlicher wieder in der laschen Haltung zu KWK und Emissionshandel. Ich bin sehr gespannt, wie die eher mühsame Kleinarbeit bei der Umsetzung des Ge-

bäudesanierungsprogramms sich manifestiert. Die andere Seite der Energiewende – der **Atomausstieg** – ist ebenfalls noch nicht in trockenen Tüchern. Das aufgeblasene Getue im Wahlkampf und auch jetzt z.B. immer noch von Oettinger um grundsätzliche Laufzeitverlängerungen ist lächerlich: selbst die CDU muss wissen, dass eine Aufkündigung des Atomausstiegsgesetzes bedeutet, dass kein AKW dann mehr eine gültige Genehmigung hat. Auf so etwas lässt sich kein Politiker und vor allem kein Energieversorger ein. Aber die Übertragung von Strommengen von jüngeren auf ältere AKW steht im Raum – dafür gibt es mit Obrigkeit leider einen Präzedenzfall. Wenn es der Union damit gelingt in der nächsten Legislatur kein AKW vom Netz gehen zu lassen, hat sie vor allem uns Grünen einen ungeheuren Imageschaden zugefügt. Auch deshalb müssen wir für den ordnungsgemäßen Atomausstieg kämpfen – politisch, gesellschaftlich, auf der Straße.



Die **Oppositionsarbeit** wird für uns nicht so einfach werden wie vor unserer Regierungszeit. Zum einen lässt sich die Zeit nicht zurück drehen: gefasste Beschlüsse, verlassene Prinzipien sind Teil unserer heutigen Identität. Gegen Politik-Grundlinien, die von uns Grünen in den letzten Jahren mitverantwortet wurden und die jetzt von der großen Koalition weitergeführt werden, lässt sich nicht wirklich aus voller Überzeugung opponieren. Zum anderen ist unsere Rolle zwischen FDP und Linkspartei noch klärungsbedürftig. Richtungskämpfe werden in der Fraktion derzeit nicht politisch, aber durchaus in Personalkämpfen geführt und markieren vermutlich erst einen Anfang. In nächster Zeit wird die Partei mehr als in den vergangenen sieben Jahren gefragt sein – und zwar auf allen Ebenen. Eine selbstbewusste Partei die sich in die Standortsuche einmischt und die Debatten um neue Optionen (mit)bestimmt, muss wieder der Quell grüner Politik werden. Fasst das ruhig als Aufforderung auf.

Eure Sylvia Kotting-Uhl

Grüne Landesvorsitzende zu Oettinger im dpa-Gespräch:

Lücken entstehen nur, wenn man(n) sie nicht schließt

„Die von Günther Oettinger nach der Abschaltung des ersten Blocks von Neckarwestheim befürchtete, beträchtliche Lücke’ in der Energieversorgung des Landes wird es nicht geben, wenn diese, beträchtliche Lücke’ mit Erneuerbaren Energien rechtzeitig geschlossen wird“, antwortete Sylvia Kotting-Uhl, Landesvorsitzende von Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg, auf die Äußerungen des Ministerpräsidenten im Zusammenhang mit einem in zwei bis drei Jahren geplanten erneuten Vorstoß in der Frage der AKW-Laufzeiten.

Früh genug hätten die Grünen ihre Konzepte für die Umstellung auf eine moderne und nachhaltige Energieversorgung aus einem Mix aus regenerativen Energien, Effizienz- und Einsparungstechnologie immer wieder vorgelegt und auf die Notwendigkeit der Umsetzung des Atomkonsens hingewiesen, so die grüne Landesvorsitzende weiter. Denn: „Die Union suggeriert ja immer gerne, dass ein Ausstieg

aus dem Ausstieg eine reine Geschmacksfrage und an sich jederzeit machbar wäre“, fügte Kotting-Uhl hinzu, und betonte: „Aber da müssen wir auch mal ganz deutlich sagen: Der Atomkonsens ist nicht ein simples Wunschkonzert. Auch Ministerpräsident Oettinger muss doch wissen, dass das Ausstiegsgesetz nicht so leicht zu revidieren ist.“ Würde der Atomkonsens tatsächlich aufgekündigt, hätten die Reaktoren nämlich gar keine Genehmigung mehr anstatt wie jetzt eine befristete. Neue Verträge müssten geschlossen werden.

„Warum der Ministerpräsident ständig mit längeren AKW-Laufzeiten flirtet, statt endlich die Energieversorgung der Gesetzeslage anpassen will, leuchtet spätestens vor diesem Hintergrund nicht ein – und ist darüber hinaus auch alles andere als förderlich, etwaige ‚Lücken’ im Energiehaushalt zu schließen“, so Sylvia Kotting-Uhl abschließend.

BUNDESTAGSABGEORDNETE:

MdB Sylvia Kotting-Uhl,

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. 030 – 227 747 42,
Fax 030 – 227 767 42, sylvia.kotting-uhl@bundestag.de
Wahlkreisbüro Karlsruhe:
Sophienstr. 58, 76133 KA, Tel. 0721 – 20 31 233,
Fax 0721 – 20 31 234, E-Mail: wkbueero.sku@gmx.de

LANDTAGSABGEORDNETE:

Renate Rastätter, Lenzstraße 10, 76137 KA

Tel.: 81 25 66 · Fax: 98 12 70 1
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**
Büro Stuttgart: Tel. 0711/20 63 680, Mo, Di, Mi 9 –17 h

GRÜNE REGIONALVERBANDSFRAKTION MITTLERER OBERRHEIN:

Klaus Stapf (Sprecher) · Tel. 40 32 35

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Dieter Emig und Gabi Schiller

Hebelstr. 13 · 76133 KA · Tel.: 29 15 5 · Fax: 29 15 6
Mo- Do 9 -13 Uhr und Fr 9 -12 Uhr
gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Dr. Gisela Splett (Fraktionssprecherin)

Stadtentw., Verwaltung u. Finanzen, Natur- u. Tierschutz
Breslauer Str. 43d · 76139 Karlsruhe Tel. 96 87 18 6

Klaus Stapf (stellvertretender Fraktionssprecher)

Wirtschaft, Arbeit, Verwaltung, Finanzen, Sport, Umwelt
Amthausstr. 22 · 76227 Karlsruhe
Tel.: dienstl. 40 94 -296 · privat 40 32 35

Dr. Hildegund Brandenburg (Bauen, Kultur)

Badenerstr. 21 76227 Karlsruhe Tel. 42 89 8

Bettina Lisbach (Gesundheit,

Umwelt, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen, Verkehr)
Amthausstr. 33 76227 Karlsruhe Tel. 94 18 45 7

Dr. Dorothea Polle-Holl (Frauen, Jugend, Soziales, Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

Andreas Ruthardt

(Wirtschaft u. Arbeit, Sport, Energie, MigrantInnen)
Friedrichstr. 67 76229 Karlsruhe Tel. 48 20 38

Anne Segor (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule)

Lebrechtstr. 28 76199 Karlsruhe Tel. 88 34 20

Tim Wirth (Bauen, Verkehr, Soziales)

Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Winnie Kratzmeier-Fürst

Badenerstr. 43B 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

Ralf Köster

Säckinger Str. 10 · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 49 89

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

Dr. Heike Puzicha-Martz

Hildebrandstr. 31a · 76227 Karlsruhe · Tel. 49 43 98

Dr. Ulrich Wagner

Lörracherstr. 4 76227 Karlsruhe, Tel. 40 15 40

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger, Durlacher Str. 62 · 76229 KA · Tel. 48 17 20

Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19, 76229 KA,
Tel 55 41 24

Alexandra Knöbl, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit oder Mängeln in der Anschrift,
Anschriftenberichtigungskarte senden an:

GRÜNE Sophienstraße 58 76133 Karlsruhe

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Dr. Ute Leidig

Sophienstr. 58 · 76133 Karlsruhe
Tel.: 20 31 23 2 · Fax.: 20 31 23 4
kv.karlsruhe@gruene.de www.gruene-karlsruhe.de
Sprechzeiten Mo, Mi, Do 9-12 Uhr und Mi 18 -20 Uhr

BANKVERBINDUNG:

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 18 Uhr im Grünen Büro

Michael Borner (Kinder, Jugend, Gesundheit)

Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 12 05 291

Christian Brugger (Jugend, Soziales, Tierschutz, Wirtschaft), Markgrafenstr. 52 76133 KA, Tel. 0178-5562861

Sabine Just-Höpfinger,

Am Sixenrain 7, 76199 KA, Tel. 88 60 44

Alexander Mehrbreier, Luisenstr. 29, 76137 KA, 93 38 454

Tanja Saini, Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 49 22 74

Anke Weidlich, Hirschstr. 25, 76133 KA, Tel. 17 47 86 5

AK FRAUEN:

Dorothea Polle-Holl · Tel. 57 41 48

AK Lesben und Schwule:

Treffen jeden 3. Mittwoch im Monat 20 Uhr im Grünen Büro
Kontakt: **Michael Gast,** Tel. 937 40 43

Grüne Jugend:

sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Anna-Kathrin Wesolowski, Adalbert-Stifter-Str. 2, 76199 KA

Lars Kirchberg, Reinmuthstr. 8, 76187 KA, Tel. 5 31 60 32

ORTSVEREIN Durlach:

Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

Tanja Saini Reichenbachstr.12 ,76227 KA, Tel. 49 22 74

Wolfgang Semmler Bienleinstorstr. 37, 76227, Tel. 40 6252

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Oststadt · Rintheim · Hagsfeld · Waldstadt N. N.

ORTSVEREIN Neureut:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel: 9890361

Uschi Blombach, Seewiesenäckerweg 31, 76199 KA,
Tel: 83 02 28 1

Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 Karlsruhe, Tel: 88 34 01